

stellen wird. Es ist mir eine Ehre und Freude zugleich, an diesem Tag persönlich in Auschwitz-Birkenau dabei sein zu dürfen.

Mögen auf diesen neuen Wegen, die dann gefunden werden, möglichst viele junge Menschen erreicht werden. Möge es möglichst vielen jungen Menschen ermöglicht werden, denen es bisher nicht möglich war, sich in Auschwitz-Birkenau oder in einem anderen KZ ein Bild von dem Grauen zu machen, dazu einen Zugang zu finden, dort zu gedenken und die Lehren daraus mitzunehmen.

Wenn sich junge Menschen vergegenwärtigen, dass es Freunde, Bekannte und Nachbarn waren, dass es Menschen aus der Mitte der Gesellschaft waren, die herabgewürdigt, verfolgt und getötet wurden, bekommen sie hoffentlich einen anderen Zugang. Das Verbrechen und die Verantwortung bleiben nicht abstrakt. Es wird zu einer Verantwortung, für den Nachbarn, für Freunde und für Mitmenschen einzustehen, wenn diese heute diskriminiert werden, ob wegen ihrer religiösen, nationalen, biografischen oder sexuellen Identität.

Antisemitismus im Besonderen drückt sich heute immer häufiger im Hass gegen Israel aus, auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Israel wird das Existenzrecht abgesprochen, und Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen werden für die Politik des Staates Israel persönlich verantwortlich gemacht.

An diesem Gedenktag, an dem wir der 6 Millionen Jüdinnen und Juden gedenken, sollte unsere Solidarität nicht nur in die Vergangenheit und in die Gegenwart des jüdischen Lebens in Deutschland reichen, sondern auch in die Zukunft in aller Welt.

In diesem Jahr feiern wir „75 Jahre Israel“. Ich glaube, das ist ein guter Moment, um daran zu denken, was dieser Sehnsuchtsort damals für viele Menschen bedeutet hat – nicht zuletzt, sondern vor allem aufgrund der Gräueltaten, die von Deutschland und von Deutschen ausgegangen sind.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt die Landesregierung ihre uneingeschränkte Unterstützung des Existenzrechts Israels und betont die Bedeutung der Beziehungen. Wir bringen sie immer wieder neu ins Werk, etwa auch mit unserem dortigen Büro. Wir werden immer wieder neue Wege finden müssen, um diese Beziehungen lebendig zu halten.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und der AfD)

Es wird sie nicht verwundern, dass die Landesregierung diesen Antrag ausdrücklich unterstützt. Er benennt wichtige Handlungsfelder. Er bestätigt vieles, was bereits getan worden ist. Er ermuntert uns aber auch, nicht nachzulassen, und gibt neue Impulse, die wir sehr gerne aufgreifen. In diesem Sinne sind wir sehr dankbar für diesen Antrag der vier demokratischen Fraktionen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/2549. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2549**, wie gerade festgestellt, einstimmig **angenommen**. Ihnen allen ganz herzlichen Dank.

Ich rufe auf:

2 Klimaneutrale Zuckerproduktion in NRW auf EU-Ebene ermöglichen.

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2554

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD spricht als Erster der Abgeordnete Schneider.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Landwirtschaft kann einen großen Beitrag zur Energiewende leisten – das ist, glaube ich, unumstritten –, denn sie hat die Flächen, um darauf große PV-Anlagen und Windräder zu installieren, am besten die Kombination von beidem, weil damit nicht nur die Flächen, sondern auch die dafür nötigen Stromnetze und Anlagen optimal ausgenutzt würden.

Apropos Energienetze: Sie sind die Achillesferse der Energiewende im ländlichen Raum. Auch deshalb machen sich Rübenbauern wie Zuckerindustrie derzeit große Sorgen, denn es stellt sich die Frage, inwieweit eine klimaneutrale Zuckerproduktion bis zum Jahr 2040 gelingen kann. Ganz entscheidend dafür ist die derzeitige Diskussion auf EU-Ebene, ob Rübenschnitzel als biogener Brennstoff anerkannt werden oder nicht.

Dagegen spricht wenig bis gar nichts, denn das Argument, dass der Einsatz der Rübenschnitzel die Versorgung von Tieren mit Futter bedrohe, zieht nach Aussage des Rheinischen Landwirtschaftsverbands nicht. Gerade einmal 1 bis 2 % der Futtermittel werden laut Verband auf Basis der Zuckerrübe produziert – Tendenz fallend.

Dafür kann es durch die Rübenschnitzel gelingen, eine klimaneutrale Produktion von Zucker im ländlichen Raum zu realisieren. Denn zum einen fehlen auf absehbare Zeit im ländlichen Raum alternative Energieträger wie grüner Wasserstoff, sowohl mengenmäßig als auch wegen der fehlenden Netze hin zu den Produktionsstätten.

Zum anderen hängt von der Möglichkeit einer biogenen Verwertung ab, ob die Wirtschaftlichkeit der Zuckerrübe in Zukunft überhaupt gesichert bleibt. Denn die Konkurrenz ist groß, und die Ungleichbehandlung, etwa bei der Bagasse, die in die EU importiert wird und gegenüber der Zuckerrübe bessergestellt würde, führt möglicherweise zum Verlust einer ganzen Pflanzenkultur in unserem Bundesland.

Was also können wir dagegen tun? Wir in Nordrhein-Westfalen müssen dieses Thema auf die Agenda des Bundes bringen. Als sozialdemokratische Landtagsfraktion haben wir das bereits angeregt.

Es muss aber auch im Interesse dieses Parlaments und seiner Mitglieder – nicht nur derjenigen aus den Regionen, in denen der Rübenanbau ein essenzieller Wirtschaftsfaktor ist – sowie der Landesregierung sein, auf EU-Ebene dafür zu sorgen, dass die heimische Zuckerrübenproduktion und -weiterverarbeitung auch künftig wettbewerbsfähig bleibt.

Darum bitten wir um Unterstützung und freuen uns auf die Beratung im Ausschuss. Wir sind sicher, dass wir, wenn denn gewünscht, fraktionsübergreifend etwas auf die Kette bekommen. In diesem Sinne: Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Schneider. – Für die CDU spricht die Abgeordnete Frau Dr. Peill.

Dr. Patricia Peill* (CDU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD-Fraktion, dieser Antrag der Zuckerwirtschaft hat mich auf zweifache Weise überrascht.

Erstens ist es eine Art Déjà-vu für mich. Ich kenne diesen Antrag. Es ist das, was die Zuckerindustrie in Brüssel lange diskutiert und fast wörtlich genauso verlangt hat. Interessant ist: Die EVP hat das Anliegen unterstützt, und die SPE hat den Antrag abgelehnt. Dennoch stellen Sie diesen Antrag nun fast eins zu eins in diesem Plenum. Aber trotz allem: Er ist richtig in der Sache.

Zweitens hat mich der Alleingang sehr überrascht. Wir von der CDU waren mit der Zuckerwirtschaft seit fast einem Jahr im Gespräch, haben diese Forderung ernst genommen und nach Brüssel getragen. Aber hier in NRW haben wir gesagt, dass wir das zusammen machen, weil wir das nur konzertiert schaf-

fen. Ich habe Herrn Stinka damals persönlich am Rande des Plenums angesprochen und den Kontakt zum Verband hergestellt, um etwas Gemeinsames daraus zu machen, weil wir das in Brüssel brauchen und dafür natürlich die SPD benötigen. Ich finde es wirklich schade und nicht optimal für die Sache, dass Sie diesen Antrag hier allein gestellt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt noch ein paar Dinge, die wir dazu gerne ergänzen würden. Uns ist es wichtig, dass wir in NRW die Zuckerwirtschaft im Kreislauf mit der Landwirtschaft verstehen. Die Zuckerproduktion ist ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor – das haben Sie gesagt –, die Zuckerrübe ist ein wichtiger Nachhaltigkeits- und Fruchtfolgefaktor, und diese beide bedingen sich. Das heißt, es ist auf der einen Seite notwendig, dass wir der Zuckerwirtschaft eine bioenergetische Übergangstechnologie ermöglichen, indem sie Rübenschnitzel als biogene Rohstoffe, als erneuerbare Energie einsetzen kann, bis der Wasserstoff so weit ist.

Auf der anderen Seite ist es wichtig, anzuerkennen, dass die Landwirtschaft die Voraussetzung dafür ist, denn unsere Landwirte sind die rechtlichen Besitzer der Rübenschnitzel. Wenn sie die Verträge mit den Zuckerfabriken nicht schon gemacht hätten, wäre dieses Modell nicht möglich und die Wirtschaftlichkeit der gesamten Branche in Gefahr. Das heißt, wir brauchen die EU-Rahmenbedingungen, und der Ball liegt im Feld der Politik.

Für uns heißt das, dass es ein Ineinandergreifen von wertschöpfenden Zahnrädern geben muss: von einer regional, unter Beachtung höchster Umweltstandards angebauten Zuckerrübe über eine klimaneutrale Zuckerproduktion weiter zu erneuerbaren Energien hin zu Dünger und Futtermitteln. Das ist nachhaltige Lebensmittelerzeugung, Bioökonomie im besten Sinne und ein Modell für NRW.

(Beifall von der CDU)

Diesbezüglich greift Ihr Antrag zu kurz. Sie haben ihn nicht nur abgeschrieben, Sie haben auch nicht gut recherchiert. Unsere Landesregierung hat sich nämlich bereits in Berlin und Brüssel für das Anliegen einer klimaneutralen Zuckerindustrie eingesetzt. Mir fehlt außerdem ein klares Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit unseres NRW-Zuckers im europäischen Kontext.

All das würden wir gerne mit Ihnen im Ausschuss diskutieren. Ihr Antrag geht zwar in die richtige Richtung, aber er ist nicht ambitioniert genug für NRW. Der Überweisung stimmen wir gerne zu. Wir haben am 1. März die Ausschusssitzung; nutzen Sie diesen einen Monat, und überzeugen Sie Ihre Kollegen in Brüssel. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Peill. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist wieder ein Antrag bzw. ein Thema, das zeigt, dass politische Entscheidungen viele Interessen gegeneinander abwägen und miteinander austarieren müssen.

Insofern, lieber Kollege Schneider, bin ich etwas enttäuscht,

(Lachen von René Schneider [SPD])

dass die SPD ein Positionspapier der Zuckerindustrie eins zu eins übernimmt und diese Forderungen hier als Antrag stellt. Ich glaube nämlich, dass man sich die unterschiedlichen Facetten genau angucken muss.

Wir alle haben in den vergangenen 30 Jahren viel zusammen über Landwirtschaft und Energieerzeugung diskutiert und haben festgestellt, dass es in der Energieerzeugung, bei Biogas, Möglichkeiten gibt, dass es aber auch Grenzen gibt. Wir müssen sehr genau schauen, wo diese Grenzen liegen und warum es die Vorgaben gibt. Das müssen wir an der Stelle mitdiskutieren, da sich diese Vorgaben ja nicht irgendjemand aus Jux und Tollerei ausgedacht hat, vielmehr geht es im Prinzip um die Debatte „Teller, Trog, Tank“. Die Zuckerrübenschnitzel werden bisher schließlich in einem erheblichen Maße als wertvolle Futterstoffe eingesetzt. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass sie nicht mehr als Futtermittel zur Verfügung stehen, wenn wir sie verbrennen.

Im Positionspapier heißt es, dass es nur um 2 % der gesamten eingesetzten Futtermittel gehe, das also nicht so schlimm sei. Allerdings muss man genau schauen, wo die Zuckerrübenschnitzel hingehen. Sie sind insbesondere in der Pferdehaltung als wertvolles Futtermittel sehr beliebt, weshalb man im Blick behalten muss, ob man so einer bestimmten Branche Futtermittel entzieht. Wollen wir das? In welchem Umfang ist das möglich? Sind es zwei Drittel? Ein Drittel wird ja nicht als Futtermittel verwendet. Vielleicht verwendet man nur dieses eine Drittel. Ich finde es wichtig, dass wir die Debatte sehr differenziert führen.

Beim Wort „verbrennen“ werde ich immer hellhörig. Insgesamt wollen wir uns ja vom Verbrennen wegbegeben.

Die Biogasanlage erlaubt den Einsatz von Zuckerrübenschnitzeln. Man könnte die Zuckerrübenschnitzel also – teilweise wird für unsere landwirtschaftlichen

Biogasanlagen händierend nach Input gesucht – auch in Biogasanlagen verwerten und sie so nutzen.

Das liegt nun nicht im Interesse der Zuckerrübenindustrie, was ich sehr wohl verstehe. Es geht da um steuerliche Aspekte. Das ist okay. Trotzdem müssen wir nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich denken. Was ist im Gesamtinteresse der Gesellschaft der sinnvolle Weg, um die Zuckerrübenschnitzel zu verwerten?

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn es um Energie geht und darum, etwas für die Landwirtschaft zu tun, vergesse ich nicht so schnell. Ich war sehr traurig, als die Zuckerrübenfabrik in Warburg geschlossen wurde. Zuckerrüben kann man nämlich nicht unendlich weit transportieren. Diese Schließung hat einer ganzen Region geschadet, weil viele Zuckerrübenbauern aus der Produktion aussteigen mussten.

Daher frage ich die Zuckerindustrie, wie sie rechtfertigen kann, dass Zuckerrüben teilweise über enorme Distanzen transportiert werden müssen. Wenn die Zuckerindustrie es mit klimaneutraler Produktion und damit, ökologischer zu werden, ernst meint, hätte diese Schließung damals nicht passieren dürfen. Sie war eindeutig ein Fehler.

Der letzte Aspekt: Sind Zuckerrübenschnitzel nicht vielleicht viel zu schade zum Verbrennen und gegebenenfalls auch zu schade zum Verfüttern? Die Landwirtschaft der Zukunft wird für unsere Industrie im Grundstoffbereich Rohstoffe ohne Ende zur Verfügung stellen müssen. Da geht es um Stroh und vielleicht auch um Zuckerrübenschnitzel.

Daher kann das, worüber wir diskutieren, vielleicht eine kurze Übergangsphase sein. Das müssen wir im Ausschuss tiefergehend besprechen. Lieber Kollege, ich bin froh, dass der Antrag überwiesen wird, wir noch einmal gemeinsam diskutieren und das Für und Wider abwägen können. Das ist nämlich notwendig, wenn man am Ende eine gute und sinnvolle Entscheidung darüber, ob man diesen Weg mitgehen will oder sich dagegen entscheidet, fällen will. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Rüße. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie der Antrag richtig feststellt, ist der Zuckerrübenanbau aus Nordrhein-Westfalen nicht mehr wegzudenken. Er ist ein Stück Tradition unserer regionalen Landwirtschaft.

Die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Antrag. Er ist eine sinnvolle Ergänzung zu unserem Antrag zur Thematik „Biogas und Biomethan“. In diesem Antrag fordern wir Freien Demokraten unter anderem ein Sofortprogramm zur Mobilisierung von biogenen Nebenprodukten.

Herr Kollege Rüsse, Zuckerrübenschnitzel machen etwa 1 bis 2 % der Futtermittel aus. Sie sind nur für die Fütterung von Wiederkäuern geeignet. Sie haben richtig beschrieben, dass sie auch für Pferdehalter interessant sind. Das sollten wir mit Sicherheit bedenken. Wir reden aber nur von 1 bis 2 %. Daher erscheint eine energetische Nutzung sinnvoller als die Verfütterung.

Auch die dezentrale Verfügbarkeit der Zuckerrübenschnitzel ist ideal für die Nutzung in Biogasanlagen im ländlichen Raum. Weiterhin entsteht durch die energetische Nutzung kein zusätzlicher Flächenbedarf. Auch das ist aus unserer Sicht ein wichtiger Aspekt.

Wir sollten zusehen, dass wir alle verfügbaren Potenziale zur Energiegewinnung in Nordrhein-Westfalen nutzen. Dazu zählt auch die energetische Nutzung heimischer Zuckerrübenschnitzel. Sie kann ein Beitrag zur Stärkung unserer Energieversorgungssicherheit sein. Durch die energetische Nutzung der Rübenschnitzel könnte die Zuckerindustrie sogar die erste klimaneutrale Industrie der Lebensmittelbranche werden.

Wir unterstützen die Forderung in dem Antrag, Zuckerrübenschnitzel in der Renewable Energy Directive, RED III, der Europäischen Union so anzuerkennen, dass die Zuckerproduktion als klimaneutral dargestellt werden kann. Die Gleichbehandlung mit der Zuckerproduktion aus Zuckerrohr wird so gewährleistet, denn eine einseitige Bevorzugung schadet auch der deutschen Zuckerproduktion.

Ich finde es gut, dass wir den Antrag überweisen.

Frau Kollegin Peill, Sie hatten angesprochen, Ihnen sei der Antrag noch nicht ambitioniert genug.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Da sage ich: Dann lassen Sie uns doch gemeinsam im Ausschuss dafür sorgen, dass der Antrag ambitionierter wird.

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von René Schneider [SPD])

– Ich nehme den Applaus gerne mit.

Ich hatte eher die Sorge, dass er zwar ambitioniert genug ist, Sie es aber ein bisschen schade finden, dass er von der SPD-Fraktion kommt. Vielleicht springen Sie dabei genau wie bei unserem Antrag zu Biomethan über Ihren Schatten.

Ich hoffe auch, dass der Koalitionspartner Ihnen da nicht im Wege steht. Herr Kollege Rüsse hat ja eher

kritische Punkte angesprochen. Aber er hat betont, Für und Wider abwägen zu wollen.

Daher sage ich nicht als landwirtschafts-, sondern als energiepolitischer Sprecher: Wir streiten uns hier im Hohen Hause bei vielen energiepolitischen Themen doch wie die Kesselflicker. Das ist gut und richtig so, weil Energie das Thema schlechthin für Nordrhein-Westfalen ist. Aber machen wir doch bei solchen Aspekten der Öffentlichkeit auch mal deutlich, dass wir Möglichkeiten sehen, zusammen die Potenziale zu nutzen, die wir im Land haben.

Dieser Antrag ist ein Punkt, der uns hier weiterhelfen kann. Lassen Sie uns gemeinsam da herangehen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Loose.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer mehr Kunden greifen im Supermarkt zu Billigprodukten – auch bei den Süßwaren. Klar; die Inflation ist hoch, das Geld der Bürger ist knapp. Was viele Kunden aber nicht wissen: Preiswerte Gummibärchen enthalten häufig Zucker aus Brasilien, aus Zuckerrohr, während viele Markenhersteller die regionale Wirtschaft stärken und Zucker von deutschen Bauern einsetzen.

Das gilt insbesondere für einen Süßwarenhersteller in Bonn am Rhein. Dieser setzt auf die direkte Kooperation vor Ort und verwendet für die Herstellung seiner Gummibärchen Zucker von naheliegenden Zuckerfabriken. Diese wiederum verarbeiten die Zuckerrüben von heimischen Rübenbauern. Das ist ein echter Gewinn für die Bauern, für NRW und für den Umweltschutz. Doch wie lange kann sich der Markenhersteller diesen Luxus noch leisten?

Wir müssen zudem die Frage stellen: Wollen wir unsere heimischen Zuckerrübenbauern stärken oder lieber den Rohrzucker aus Südamerika, der über die Weltmeere geschippert wird? Übrigens wird für diese Plantagen in Südamerika allzu häufig der Regenwald abgeholzt. Nachhaltig ist das nicht.

Jetzt will die SPD den Zuckerherstellern vermeintlich helfen, indem sie die nächste Subvention aus dem Hut zaubert. Doch dieser Antrag ist realitätsfern.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Die SPD hat mit dem vorliegenden Antrag die ökonomischen Zusammenhänge überhaupt nicht begriffen. Sie jagen unbeirrt einer klimaneutralen Zuckerproduktion hinterher, ohne die Sorgen, Ängste und Nöte der Zuckerhersteller und insbesondere der Rübenbauern wirklich verstanden zu haben.

(Kirsten Stich [SPD]: Unglaublich!)

Ja, der Zuckerverband fordert eine solche Subvention für die Verwendung von Rübenschnitzeln zur Energieerzeugung. Doch die Einnahmen wären ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Nicht nur der Zuckerverband, sondern vor allen Dingen der Bauernverband hat viele wichtigere Forderungen, die wirklich helfen könnten. Der Bauernverband fordert zum Beispiel die angemessene Nutzung von Düngemitteln. Doch Sie alle verweigern das. Der Bauernverband fordert die volle Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen. Doch Sie alle verweigern das und wollen die Bauern dazu zwingen, 4 % ihrer Fläche stillzulegen. Der Bauernverband fordert die angemessene Nutzung von Pflanzenschutzmitteln. Doch Sie alle verweigern das. Gerade die Pflanzenschutzmittel wären für die Rübenbauern wichtig. Denn das Zuckerrübenbeizen ist notwendig, um die Blattlaus zu bekämpfen. Ein Blattlausbefall kann schnell 30 bis 40 % der Ernte vernichten.

Wir brauchen also keine zusätzlichen Subventionen, um ihrer Klimareligion zu huldigen. Wir brauchen einfach nur anständige Bedingungen für den Anbau der landwirtschaftlichen Produkte. Anscheinend gehen diese guten Bedingungen für eine starke Landwirtschaft nur noch mit der AfD.

(Beifall von der AfD – Kirsten Stich [SPD]: Ja, klar! Hier geht ja alles nur noch mit der AfD!)

Wie wichtig solche Bedingungen sind, Frau Kollegin, zeigt sich am Beispiel der Zuckerfabrik in Warburg. Diese wurde vor über drei Jahren geschlossen. Der Betrieb aus dem Jahr 1882 hatte zwei Weltkriege überstanden.

Die Fabrik stützte sich auf eine enge Verbindung zur regionalen Landwirtschaft. Rund 800 Landwirte bauten Zuckerrüben für das Werk an. Jährlich wurde bis zu einer halben Million Tonnen Zuckerrüben verarbeitet. Als Nebenprodukte entstanden Rübenschnitzel, Trockenschnitzel, Carbokalk sowie Melasse in Bioqualität für Kunden in ganz Deutschland. Alles wurde genutzt, nachhaltig und regional. Das war echter Umweltschutz. Doch wie so viele Fabriken wurde auch diese geschlossen – höchst effizient und doch nicht mehr rentabel. Stattdessen kommt der Zucker aus Brasilien.

Ein letzter Punkt: Die Rübenschnitzel werden doch schon jetzt energetisch genutzt. Denn sie sind wertvolles Futter für Rinder, Schweine und auch die lieben Pferde. All diese Tiere verbrennen die Energie der Rübenschnitzel, wachsen und gedeihen. Das ist Bio pur, der Kreislauf der Natur. Besser geht es nicht. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Loose. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Neubaur.

Mona Neubaur¹⁾, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem im vorliegenden Antrag beschriebenen Problem und dem Anliegen der Zuckerindustrie, das damit auch zum Ausdruck kommt, ist mein Haus bereits tätig geworden. Insofern will ich hier ein bisschen über die Gespräche und Aktivitäten des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie berichten und damit verdeutlichen, dass dieses auch die energetische Nutzung der Zuckerschnitzel im Blick hat.

Wir halten es für nicht nachvollziehbar, dass die Zuckerrübenschnitzel von der EU nicht als fortschrittlicher Biobrennstoff eingestuft werden. Der Einsatz der Hackschnitzel als Biobrennstoff zur Erzeugung von Prozesswärme wäre ein Schritt hin zu der angestrebten Defossilisierung der Zuckerindustrie. Zwar könnten Unternehmen trotzdem Hackschnitzel einsetzen, jedoch müssten sie dann zur formalen CO₂-Kompensation entsprechende Emissionszertifikate zukaufen.

Da die Einstufung als fortschrittlicher Biobrennstoff im Rahmen der Änderung der RED III hätte erfolgen müssen, war der Bund als Ansprechpartner für die EU-Ebene gefragt, im Europäischen Rat für eine entsprechende Position zu werben. Deswegen hat mein Ministerium den Dialog mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgenommen, um möglichst im laufenden Gesetzesverfahren tätig zu werden. Wir haben den Bund gebeten, sich möglichst auf EU-Ebene für die entsprechende Einstufung einzusetzen. Darüber hinaus wurde seitens der Landesregierung das Problem in Brüssel auch direkt auf EU-Ebene platziert.

Das BMWK kommt in der Problematik zu einer anderen fachlichen Position und stellt die Kaskaden- und Mehrfachnutzung von Biomasse in den Vordergrund. Die energetische Nutzung wäre erst am Ende der Kaskade vorgesehen. Zudem werden die vorhin schon benannten Verdrängungseffekte auf dem Futtermittelmarkt befürchtet.

Wir werden weiter für unsere Position werben; denn der Sachverhalt ist vor dem Hintergrund der Klima- und Energiekrise auch in einem anderen Licht zu bewerten. Wenn es uns gelingen soll, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen, müssen wir unsere Handlungsspielräume an jeder Stelle vollständig und aus unterschiedlichen Perspektiven überprüfen, abwägen und dann entscheiden.

Stoffliche und energetische Nutzung im Grundsatz zu ermöglichen, um dann jeweils vor Ort innerhalb der Rahmenbedingungen entscheiden zu können, ist

ein Aushandlungsprozess. Ich freue mich, dass dazu im Ausschuss beraten wird und diese beiden wichtigen Perspektiven dann auch aus dem Parlament rückgekoppelt werden können.

Wir sehen diesem Bestreben fachlich positiv entgegen – sowohl aus Gründen der Energieversorgungssicherheit als auch bezogen auf die Idee, Klimaneutralität in der Zuckerindustrie zu unterstützen. Was aber nicht sein darf, ist, jetzt alte Forderungen unter einem möglichen Deckmantel der Klimaneutralität zu platzieren. Deswegen ist das Abwägen und Aushandeln von energetischer und stoffliche Nutzung entscheidend.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die FDP hat sich mit dem Abgeordneten Brockes noch einmal zu Wort gemeldet. Es verbleiben ihm 52 Sekunden.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rütze, Sie haben gemerkt, dass Ihre Ministerin und das grün geführte Wirtschaftsministerium bei dem Thema schon viel weiter sind als Sie.

Deshalb springen Sie doch bitte an dieser Stelle über Ihren eigenen Schatten, und sorgen Sie mit dafür, dass wir gemeinsam ein starkes Signal setzen. Die Frau Ministerin benötigt in Berlin und in Brüssel eine breite Unterstützung des Parlaments. Danach hat sie gerade praktisch geschrien. Lassen Sie uns hier bei dem Thema gemeinsam Energiepolitik für unser Land machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Brockes. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist die **Überweisungsempfehlung** Drucksache 18/2554 einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

3 Unternehmensbesteuerung in Deutschland modernisieren und international wettbewerbsfähig aufstellen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2570

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster spricht für die FDP der Abgeordnete Herr Witzel.

Ralf Witzel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgerufen. Das ist richtig, aber das deckt noch nicht vollständig alle aktuellen Notwendigkeiten ab.

Durch die hinter uns liegenden mehrjährigen Krisen und geopolitischen Veränderungen hat sich auch die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie leider verschlechtert. In dieser Woche erst hat eine neue KfW-Studie diagnostiziert: „Das Fundament für Wohlstand und Wachstum bröckelt“, und zwar durch einen Mangel an Innovation und durch schwache Produktivitätsentwicklung. Wir leben vor allem von unserer Substanz und verfrühstücken diese allmählich.

Zugleich prognostiziert der Bundesverband der Deutschen Industrie – BDI – drohende Produktionsverlagerungen ins Ausland und stellt fest:

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deutschland ist ein Hochsteuerland, muss aber ein global wettbewerbsfähiges Exportland bleiben. Deshalb sollten Abschreibungsmöglichkeiten verbessert und Unternehmenssteuern gesenkt werden, um einem international üblichen Standard zu entsprechen.

Sowohl Nachbarländer im EU-Ausland als auch die USA haben in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit aufgeholt. Auch der Internationale Währungsfonds – IWF – mahnt die Bundesregierung, den Standort Deutschland zu stärken. Ob Energieinfrastruktur, Fachkräfte oder Digitalisierung – überall sei die Bundesrepublik zurückgefallen. Das koste Produktivität und Wachstum.

Rekordinflation, Defizite bei der Modernisierung, der Fachkräftemangel und die Preisexplosion bei der Energie treiben die Kosten für die Wirtschaft in unserem Land in die Höhe. Es wird daher höchste Zeit für eine zweite Zeitenwende, nämlich eine Zeitenwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Revitalisierung des Standorts Deutschland.

(Beifall von der FDP)

Unsere heimischen Unternehmen müssen stärker werden, um die Erwartungen der Bevölkerung hinsichtlich sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Fortschritt bedienen zu können. Wir müssen sowohl die Produktivität erhöhen als auch die produktiven Kapazitäten ausbauen, um Arbeitsplätze sichern zu